



2018/51 Thema

<https://jungle.world/artikel/2018/51/aufbruch-und-einverleibung>

Über rechte Vereinnahmungsversuche des ostdeutschen Wendeherbstes und warum die Linke daran nicht ganz unschuldig ist

Aufbruch und Einverleibung

Von **Tom Strohschneider**

Die extreme Rechte reklamiert immer wieder die Tradition des ostdeutschen Wendeherbstes für sich. Wie kann eine ursprünglich von linken Oppositionellen inspirierte Bewegung so von Reaktionären und Nationalisten vereinnahmt werden?

Die offizielle Erinnerungspolitik, die 1989 zu einer national-bürgerlichen Erfolgsstory verkürzte, hat der Vereinnahmung der Ereignisse dieses Jahres durch die extreme Rechte den Weg bereitet. Und die Linken waren daran nicht ganz unschuldig.

Die Palette der rechten Umdeutungsversuche ist vielfältig, ein paar Beispiele können hier genügen: »Wir sind das Volk«-Parolen bei Pegida-Aufmärschen, die Illustration einer Rechtsaußen-Erklärung gegen »illegale Masseneinwanderung« mit dem Foto einer Demonstration vom Oktober 1989, die Solidarisierungskampagne mit dem entlassenen Stasi-Gedenkstättenleiter Hubertus Knabe. Ihm kann die AfD auch deshalb ohne große Verrenkungen zur Seite springen, weil sich das geschichtspolitische mit aktuellen neurechten Motiven verbinden lässt: Die Solidarität mit Knabe präsentiert sich sowohl als Verteidigung einer bestimmten Geschichtsinterpretation als auch als Abwehr von Vorwürfen er habe als Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen sexuelle Übergriffe auf Frauen mindestens geduldet. Beides wird als Kampagne gegen den »unbequemen Direktor« denunziert, um im selben Atemzug die »Kaltstellung« der »linksradikalen Erben des SED-Unrechtsregimes« zu fordern.

In anderen Fällen geht es der neuen Rechten eher um eine Ästhetik, in der das »gute, aufbegehrende Volk« einen Fläche für alle möglichen Projektionen bildet: gegen die da oben, gegen die da draußen, gegen die da drüben.

Ob nun gegen Migranten, Schwule, Linke oder sonst wen Front gemacht wird – die Bejahung des neurechten »Wir«, das gegen andere ausschließend, abwehrend, ja drohend zur Geltung gebracht wird, ist konformistisch.

Die sich da als Revolutionäre mit der Übernahme der Rufe des Wendeherbstes tarnen, sind Reaktionäre im Gewand eines Aufstands, den andere unter anderen Umständen und mit anderen Gedanken im Kopf gemacht haben. Wahres Ziel der heutigen Übung ist die Verteidigung herrschender Verhältnisse durch Addition von autoritärer Führung und nationalistischer Regression, bieder und brutal.

Ein bisschen antifaschistische Hausbesetzertradition hier, ein bisschen Erinnerung an den basisgewerkschaftlichen Frühling in den DDR-Betrieben da – für viel mehr hat sich die Linke, die sonst ganz groß in historischer Selbstbespiegelung sein kann, kaum interessiert.

Der Wendeherbst wollte eine bunte und basisdemokratische Zukunft. Nicht neue Mauern errichten, sondern die bestehenden einzureißen – das war die Idee. Mehr noch: Es ging um einen neuen Anfang mit Hoffnungen auf etwas, das wir gegenwärtig unumwunden als links, als progressiv bezeichnen würden.

Was stand in den per Hand vervielfältigten Flugblättern des Septembers 1989, die heute kaum noch bekannten Gruppe der linken DDR-Opposition verfassten? Die Böhlemer Plattform der Vereinigten Linken beschrieb einen Minimalkonsens: sozialistische Demokratie, Freiheitsrechte, Recht auf Arbeit, Umweltschutz. Es ging um eine »DDR als Gesellschaft sozialistischer Freiheit«, die von »Antistalinismus, Antifaschismus, Antimilitarismus im Besonderen, Antikapitalismus, Antinationalismus, Antirassismus« geprägt sein sollte.

Das Neue Forum skizzierte seine Forderungen so: »Auf der einen Seite wünschen wir uns eine Erweiterung des Warenangebots und bessere Versorgung, andererseits sehen wir deren soziale und ökologische Kosten und plädieren für die Abkehr von ungehemmtem Wachstum. Wir wollen Spielraum für wirtschaftliche Initiative, aber keine Entartung in eine Ellenbogengesellschaft. Wir wollen das Bewährte erhalten und doch Platz für Erneuerung schaffen, um sparsamer und weniger naturfeindlich zu leben. Wir wollen geordnete Verhältnisse, aber keine Bevormundung. Wir wollen freie, selbstbewusste Menschen, die doch gemeinschaftsbewusst handeln. Wir wollen vor Gewalt geschützt sein und dabei nicht einen Staat von Bütteln und Spitzeln ertragen müssen.«

Die Bewegung Demokratie Jetzt argumentierte: »Der Sozialismus muss nun seine eigentliche, demokratische Gestalt finden, wenn er nicht geschichtlich verloren gehen soll. Er darf nicht verloren gehen, weil die bedrohte Menschheit auf der Suche nach überlebensfähigen Formen menschlichen Zusammenlebens Alternativen zur westlichen Konsumgesellschaft braucht, deren Wohlstand die übrige Welt bezahlen muss.« Der Demokratische Aufbruch forderte »die wirklichen und gelungenen sozialistischen Lösungen in der DDR« müssten »diskutiert, bewahrt und weiterentwickelt werden«. Ziel sei »eine demokratische, soziale und ökologische Gesellschaft in der Fortführung der - sozialistischen Tradition«.

In der offiziellen Erinnerungskultur hat so etwas allenfalls am Rande Platz. Die groß gewordene Bundesrepublik feiert nicht den 4. September, an dem 1989 in Leipzig bei der ersten Montagsdemonstration ein Transparent mit der Aufschrift »Für ein offenes Land mit freien Menschen« entrollt wurde. Sondern sie feiert mit dem 3. Oktober das Inkrafttreten des sogenannten Einigungsvertrags eine Einverleibung von oben, die Übernahme der politischen und ökonomischen Normen der Bundesrepublik.

»Abgekoppelt von ihrer Entwicklungsgeschichte wird der vormalige Charakter der DDR-Opposition aus der Vereinbarkeit gewisser damaliger Ziele mit den heutigen deutschen Verhältnissen bestimmt«, so hat das Thomas Klein, damals Mitbegründer der Vereinigten Linken, einmal formuliert. Das »Gegen« wurde zu einem »Für« gemacht – nach, wie Klein es nennt, »Maßgabe des heute dominierenden politischen Wertesystems«. Der Historiker Martin Sabrow sprach von einem »narrativen Rahmen«, der »zeitgenössische Zielvorstellungen einer eigenständigen sozialistischen DDR zum realitätsfernen Hirngespinnst von Sonderlingen« hat schrumpfen lassen, »die während des Umbruchs den Kontakt zur Bevölkerung verloren hätten«.

Die Linke in Deutschland hat sich nicht gerade hervorgetan dabei, diesen Teil der Geschichte positiv in Erinnerung zu halten. Warum?

Die einen wollten denen, die den Anfang gemacht hatten, das Ende »ihrer DDR« nicht verzeihen, die im Rückblick immer schöner wurde. Andere taten sich damit schwer, weil Protagonisten des Aufbruchs von 1989 bald selbst schon dort angekommen waren, wo man nie hinwollte: im neuen, nun gesamtdeutschen Apparat, zum Teil auch: auf der rechten Seite. Letzteres ist eine Tatsache, die es den rechten Umdeutungs- und Anschlussversuchen ziemlich einfach macht; die aber über den Wendeherbst so viel aussagt wie der Hinweis auf Biographien nach rechts gedrifteter westdeutscher Ex-Linker über den Zustand des dortigen Denkens: nichts von Belang.

Zudem mag die politische Rhetorik der Wende nicht behagt haben, in der, je länger sie vor sich ging, immer mehr ein »Volk« angerufen wurde. Zwischen dem, was im Osten von links an Runden Tischen und sonstwo ausprobiert wurde, und der aus der westdeutschen Debatte gezogenen linksradikalen Schlussfolgerung »Nie wieder Deutschland« herrschte tiefes gegenseitiges Unverständnis. Und schließlich war die Niederlage dieses Aufbruchs von 1989 in der Tat so unübersehbar, dass für viele das Interesse gegen null ging, sich dieser Tradition zu erinnern. Schon Ende November des Wendejahres waren die alternativen Entwürfe gescheitert, die Geschichte nahm ein anderes Gleis.

Ein bisschen antifaschistische Hausbesetzertradition hier, ein bisschen Erinnerung an den basisgewerkschaftlichen Frühling in den DDR-Betrieben da – für viel mehr hat sich die Linke, die sonst ganz groß in historischer Selbstbespiegelung sein kann, kaum interessiert.

Das alles machte es denen einfach, die den Ausgang der Wendegeschichte bejubeln: Schwarz-Rot-Gold, D-Mark, nationale Freiheitsbewegung. Man muss diese drei Begriffe nur einmal sich beim Betrachten eines AfD-Wahlplakates in Erinnerung rufen.